

**Die neue Europäische Kommission:
Barrosos zweite Besetzung**

EU-KOORDINATION
des Deutschen Naturschutzrings (DNR) e.V.

Sonderheft der DNR-EU-Koordination

Jahrgang 19 (2010), Heft I
Berlin, Februar 2010

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und Um-
weltschutzverbände (DNR) e.V.

Redaktion

Bjela Vossen [bv], Markus Steigenberger
[ms], Zoé Thio [zt], Ann-Katrin Sporkmann
[aks], Matthias Bauer [mb]

**DNR Geschäftsstelle Berlin/
EU-Koordination und Internationales**

Markus Steigenberger, Bjela Vossen, Maike
Vygen, Stefanie Langkamp, Juliane Grüning,
Matthias Bauer, Marion Busch, Anne Schweit-
zer, Zoé Thio, Ann-Katrin Sporkmann
Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 6781775-85, -70, Fax -80
E-Mail: eu-info@dnr.de
www.eu-koordination.de

DNR Geschäftsstelle Bonn

Koblenzer Straße 65, 53173 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
E-Mail: info@dnr.de
www.dnr.de

Satz und Layout

DNR Redaktionsbüro, Berlin

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird
und die Rechte Dritter gewahrt bleiben.
Die Redaktion freut sich über ein Beleg-
exemplar.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bun-
desumweltministerium und vom Umwelt-
bundesamt gefördert. Die Förderer über-
nehmen keine Gewähr für die Richtigkeit,
Genauigkeit und Vollständigkeit der Anga-
ben sowie für die Beachtung der Rechte
Dritter. Die geäußerten Ansichten und
Meinungen müssen nicht mit denen der
Förderer übereinstimmen.

4 Editorial

- Neue EU-Kommission mit verspätetem Start

5 Die EU-Kommission

- Struktur und Arbeitsweise der Europäischen Kommission

6 Der Kommissionspräsident

- José Manuel Durão Barroso (Portugal)
Präsident der Europäischen Kommission

6 Die Kommissar/innen

- Joaquín Almunia (Spanien)
Wettbewerb
Vizepräsident der Kommission
- László Andor (Ungarn)
Beschäftigung, Soziales und Integration
- Catherine Ashton (Großbritannien)
Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik
Vizepräsidentin der Kommission
- Michel Barnier (Frankreich)
Binnenmarkt und Dienstleistungen
- Dacian Cioloș (Rumänien)
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- John Dalli (Malta)
Gesundheit und Verbraucherpolitik
- Maria Damanaki (Griechenland)
Maritime Angelegenheiten und Fischerei
- Karel de Gucht (Belgien)
Handel
- Štefan Füle (Tschechien)
Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik

- Máire Geoghegan-Quinn (Irland)
Forschung und Innovation

- Kristalina Georgiewa (Bulgarien)
Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion

- Johannes Hahn (Österreich)
Regionalpolitik

- Connie Hedegaard (Dänemark)
Klimapolitik

- Siim Kallas (Estland)
Verkehr
Vizepräsident der Kommission

- Neelie Kroes (Niederlande)
Digitale Agenda
Vizepräsidentin der Kommission

- Janusz Lewandowski (Polen)
Haushalt und Finanzplanung

- Cecilia Malmström (Schweden)
Inneres

- Günther Oettinger (Deutschland)
Energie

- Andris Piebalgs (Lettland)
Entwicklung

- Janez Potočnik (Slowenien)
Umwelt
- Viviane Reding (Luxemburg)
Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft
Vizepräsidentin der Kommission

- Olli Rehn (Finnland)
Wirtschaft und Währung

- Maroš Šefčovič (Slowakei)
Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung
Vizepräsident der Kommission

- Algirdas Šemeta (Litauen)
Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung

- Antonio Tajani (Italien)
Industrie und Unternehmen
Vizepräsident der Kommission

- Androulla Vassiliou (Zypern)
Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend

18 Service

- Die Kommissar/innen und Generaldirektionen 2010-2014
- Verwendete Quellen
- Adressen
- EU-Koordination im Internet

Neue EU-Kommission mit verspätetem Start

Liebe Leserinnen und Leser,

mit mehr als drei Monaten Verspätung konnten die neuen EU-Kommissarinnen und -Kommissare im Februar 2010 ihre Arbeit in Brüssel aufnehmen. Die Bestätigung durch das Europäische Parlament hatte sich mehrfach verzögert. Erst am 9. Februar nickte das Parlament mit 488 Ja- gegen 137 Nein-Stimmen bei 72 Enthaltungen die neue EU-Kommission ab.

Die Kommission hätte ursprünglich schon im November ernannt sein sollen, doch das wurde durch die verspätete Ratifizierung des Lissabon-Vertrages verhindert. Eine weitere Verzögerung brachte der Rücktritt der designierten bulgarischen EU-Kommissarin Rumjana Schelewa. Schelewa gab ihre Bewerbung für den europäischen Spitzenposten nach Zweifeln an den Angaben über ihre finanziellen Interessen auf. Die Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen im Europaparlament hatten zuvor gedroht, ihr die Zustimmung wegen Unfähigkeit zu verweigern. Erst nachdem die durch Bulgarien nachnominierte Weltbank-Vizepräsidentin Kristalina Georgiewa ihren Anhörungstermin beim Parlament mit Bravour absolviert hatte, war die Mehrheit der Europaparlamentarier/innen gewillt, ihre Zustimmung für die gesamte Besetzung der EU-Kommission zu geben.

Seit dem 31. Oktober 2009 übten die Mitglieder der ersten von Präsident José Manuel Barroso angeführten Kommission aufgrund der Verzögerungen ihre Ämter nur noch geschäftsführend aus. Lediglich Kommissionspräsident Barroso selbst wurde bereits am 16. September für eine zweite Amtszeit wiedergewählt.

Bereits im Oktober 2004 hatten die Abgeordneten den Rückzug von mehreren Kandidaten der ersten Barroso-Kommission erzwungen. Sie verhinderten unter anderem die geplante Ernennung des Italiensers Rocco Buttiglione, der wegen seiner katholisch-konservativen Ansichten über Homosexualität und die Rolle der Frau in der Gesellschaft durchfiel. Auch damals war Barroso gezwungen, die Regierung um einen neuen Kandidaten zu bitten.

Europäisches Parlament gestärkt

Gestärkt durch den Lissabon-Vertrag, hat das Europäische Parlament neues Selbstbewusstsein im europäischen Machtgefüge entwickelt. Obwohl es nicht zu einer direkten Ablehnung durch die EU-Abgeordneten kam, konnte das Parlament wie schon vor fünf Jahren seinen Einfluss gegenüber den anderen Institutionen ausweiten. Mit ihrer offenen Kritik an einzelnen vorgeschlagenen Persönlichkeiten haben die Parlamentarier/innen nicht nur der Kommission ein deutliches Signal gesandt, dass sie in Zukunft in allen Bereichen ein Machtwort mitsprechen werden. Sie haben auch die Regierungen der Mitgliedstaaten abgestraft, die ihre nach Brüssel zu entsendenden Vertreterinnen und Vertreter in Zukunft sorgfältiger auswählen müssen.

Nicht zuletzt hat die Auseinandersetzung zu einer stärkeren öffentlichen Aufmerksamkeit für die Institutionen in der EU beigetragen. Angesichts der umfangreichen Tätigkeitsfelder und Kompetenzen von Kommission und Parlament ist das nicht nur berechtigt, sondern auch angemessen.

Überblick über die Kommission

Pünktlich zum Beginn der Amtsperiode gibt dieses Sonderheft einen Überblick über die neue Europäische Kommission, der zentralen Institution innerhalb des EU-Organismus.

Nach einer kurzen Erläuterung von Struktur, Aufgaben und Arbeitsweise der Kommission stellen wir jedes einzelne Mitglied vor – einschließlich seiner Ressorts und der neuen Ressortzuschnitte sowie der Aufgaben, die Kommissionspräsident Barroso ihm zugeteilt hat. Eine tabellarische Übersicht über die Kommissar/innen und ihre Zuständigkeiten sowie ein Adressenverzeichnis vervollständigen das Heft.

Die Redaktion wünscht Ihnen eine anregende Lektüre.

Bjela Vossen, DNR EU-Koordination

Struktur und Arbeitsweise der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission mit Sitz in Brüssel ist das zentrale ausführende Organ der Europäischen Union. Sie soll weisungsunabhängig von den nationalen Regierungen ausschließlich im Interesse der EU arbeiten. Dabei untersteht die Kommission der Kontrolle des Europäischen Parlaments, dem sie mit ihren Tätigkeiten rechenschaftspflichtig ist.

Aufgaben der EU-Kommission

Da in der EU das Prinzip der Gewaltenteilung durchbrochen ist, verfügt die Kommission sowohl über legislative und auch exekutive Kompetenzen. Ihre wichtigste Befugnis ist das Recht auf Gesetzesinitiativen. Nur die Kommission kann Vorschläge für neue europäische Rechtsakte (Verordnungen und Richtlinien) ausarbeiten und sie Parlament und Ministerrat zur Entscheidung vorlegen. Zudem initiiert und steuert sie politische Prozesse durch die Veröffentlichung von Empfehlungen, Stellungnahmen, Berichten, Mitteilungen, Grün- und Weißbüchern.

Als „Hüterin der Verträge“ überwacht die Kommission die Einhaltung des europäischen Rechts durch Mitgliedstaaten, Behörden und Unternehmen. So interveniert sie zum Beispiel bei der Nichteinhaltung der „Defizitkriterien“ durch die Mitgliedstaaten oder bei der Vergabe wettbewerbsverzerrender Subventionen. Bei nicht fristgerechter Umsetzung von EU-Richtlinien kann sie Vertragsverletzungsverfahren einleiten und gegebenenfalls vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klage erheben. Sie verbietet Unternehmensfusionen oder verhängt Bußgelder, wenn Unternehmen den europäischen Wettbewerb durch unzulässige Preisabsprachen verzerren. Allerdings hat die Kommission nicht genügend Ressourcen, um die Einhaltung der EU-Vorschriften in den Mitgliedstaaten effektiv zu kontrollieren. Daher ist sie auf Informationen von nationalen Stellen sowie von Dritten, etwa zivilgesellschaftlichen Gruppen, angewiesen.

Auf europäischer Ebene nimmt die Kommission außerdem Koordinierungs-, Exekutiv- und Verwaltungsaufgaben wahr. Sie leitet zum Beispiel die Beitrittsverhandlungen mit Staaten, handelt internationale Handels- und Kooperationsabkommen

aus und verwaltet sämtliche Finanzmittel der Union. Dies umfasst auch die Koordination der sogenannten Strukturfonds und der Rahmen- und Aktionsprogramme der EU, darunter auch der Umweltaktionsprogramme. Rund 80 Prozent der Haushaltsmittel leitet die Kommission allerdings direkt an die Mitgliedstaaten weiter, die die Fördermittel etwa an Regionalbehörden oder Landwirte auszahlen.

Ernennung der neuen Kommission

Die Kommission besteht derzeit aus dem Präsidenten sowie 26 weiteren Mitgliedern. Der Versuch, die Größe der Kommission auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten zu verringern, ist im Zuge der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages im Jahr 2009 gescheitert. Vorerst ernennt also weiterhin jeder Mitgliedstaat einen Kommissar oder eine Kommissarin.

Jedes der 26 Kommissionsmitglieder ist für einen bestimmten Aufgabenbereich verantwortlich, während dem Präsidenten die politische Leitung und Organisation der Kommission obliegt. Der alte und neue Präsident José Manuel Barroso aus Portugal hat den bisherigen Zuschnitt der Ressorts für seine zweite Amtsperiode etwas verändert. So hat er eine neue Zuständigkeit für den Klimaschutz geschaffen und innerhalb der bestehenden Ressorts Aufgaben neu verteilt.

Der Kommissionspräsident wird vom Europäischen Parlament gewählt – auf Vorschlag des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs, der bei der Kandidatenauswahl die Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament berücksichtigen muss. Die übrigen Kommissionsmitglieder werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten vorgeschlagen und im Einvernehmen mit dem neuen Kommissionspräsidenten benannt. Vor der endgültigen Ernennung muss sich jedes designierte Kommissionsmitglied einer ausführlichen Anhörung vor dem EU-Parlament unterziehen. Das Parlament muss der Kandidatenliste zustimmen – entweder komplett oder gar nicht –, sonst kann die Kommission nicht ernannt werden. Bei den Anhörungen im Januar 2010 fiel die bulgarische Kandidatin Rumjana Schelewa aufgrund mangelnder Kompetenz bei den Parlamentariern durch und musste durch Kristalina Georgiewa ersetzt werden.

Arbeitsweise und Verwaltungsstruktur

Eine Amtszeit der EU-Kommission dauert fünf Jahre. In der Regel tagt die Kommission wöchentlich. In ihren Sitzungen trifft sie alle wesentlichen Entscheidungen, fasst Beschlüsse, führt Erörterungen durch und verabschiedet Legislativvorschläge.

Die Verwaltung der EU-Kommission gliedert sich in ein Generalsekretariat, das die Arbeit koordiniert, sowie 34 Generaldirektionen (GD), die den Kommissionsmitgliedern unterstehen und ihnen zuarbeiten (siehe S. 18). Außerdem hat jedes Kommissionsmitglied ein eigenes Büro, das sogenannte Kabinett. Hauptaufgabe der GD Umwelt ist es beispielsweise, neue Rechtsvorschriften im Umweltbereich zu initiieren und auszuarbeiten und sicherzustellen, dass Maßnahmen, die auf europäischer Ebene vereinbart wurden, in den Mitgliedstaaten auch tatsächlich umgesetzt werden.

Insgesamt bewältigen rund 24.000 Verwaltungsmitarbeiterinnen, Experten, Übersetzerinnen, Dolmetscher und Sekretärinnen die laufende Arbeit der Kommission. Die Zahl mag hoch erscheinen, ist aber tatsächlich niedriger als der Personalstand der meisten mittelgroßen Städte in Europa. Die GD Umwelt hat zum Beispiel weniger als 500 Beschäftigte.

Der EU-Kommission unterstehen ferner Außenstellen, Forschungseinrichtungen und Vertretungen in den Mitgliedstaaten. Die Vertretung der Kommission in Deutschland hat einen Hauptsitz in Berlin und Regionalvertretungen in München und Bonn. Die Vertretungen sind die wichtigsten Informationsvermittler zwischen der Europäischen Kommission und den Bürger und Bürgerinnen sowie zentrale Ansprechpartner für Multiplikatoren und Medien. Sie gewährleisten eine ständige Präsenz in Wirtschaft und Politik, bei Wissenschaft und Verbänden. [ms] ■

José Manuel Durão Barroso (Portugal)

Präsident der Europäischen Kommission

José Manuel Durão Barroso (* 23. März 1956) wurde Mitte September 2009 für seine zweite Legislaturperiode im Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission bestätigt. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich bei ihrem Gipfeltreffen im Juni 2009 auf den Portugiesen als Kandidaten geeinigt, die von ihnen gewünschte Zustimmung des Parlaments noch im Juli war von der Volksvertretung jedoch abgelehnt worden. Erst nachdem die Forderung des Parlaments nach einem politischen Programm und Barrosos Anhörung in allen Fraktionen erfüllt worden war, fand dieser die Unterstützung einer absoluten Mehrheit im Europäischen Parlament.

Der Politologe und Jurist Barroso wurde bereits mit 29 Jahren Staatssekretär im Innenministerium. Später wechselte er ins Außenministerium, bis er 1992 bis 1995 Außenminister Portugals wurde. Von April 2002 bis zu seinem Amtsantritt 2004 als EU-Kommissionspräsident war er Ministerpräsident von Portugal.

Während seiner ersten Amtszeit als Kommissionspräsident hat es Barroso nicht geschafft, der EU-Politik seinen Stempel aufzudrücken und das Image eines langweiligen, profillosen Bürokraten und spröden Neokonservativen abzulegen. Vielmehr hat sich sein Ruf gefestigt, es allen recht machen zu wollen – insbesondere den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten. Die Fraktionen der Sozialisten, Grünen und Linken hatten im Vorfeld von Barrosos Wiederwahl dessen politische Bilanz heftig kritisiert, da er sich zu wenig gegen die Mitgliedstaaten durchgesetzt habe. Die Grünen warfen ihm zudem Versagen beim Klimaschutz vor. Am Tag der Abstimmung machte Barroso ihnen das Zugeständnis, einen Kommissar für Klimaschutz ins Amt zu setzen. Zudem hat er angekündigt, in den nächsten Jahren stärker mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten.

Barrosos im September vorgelegte „politische Leitlinien für die nächste Kommission“ sollen eine Grundlage darstellen, auf der er einen Konsens mit allen proeuropäischen Kräften herbeiführen möchte. In

dem weitgehend neoliberalen Papier unterstreicht Barroso die Notwendigkeit einer weltweiten Führungsrolle der EU und der Gestaltung der Globalisierung auf der Grundlage der europäischen Werte und Interessen.

Er sieht fünf zentrale Herausforderungen:

- Schnelle Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und Gewährleistung einer langfristigen Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft,
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts,
- Umwandlung der Herausforderung, ein nachhaltiges Europa zu schaffen, in einen Wettbewerbsvorteil,
- Gewährleistung der Sicherheit der EU-Bürger,
- Stärkung der Unionsbürgerschaft und Einbeziehung der Bürger.

Den Umweltfokus des Papiers kritisierte das Europäische Umweltbüro (EEB) als viel zu lax: Die meisten Formulierungen zum Klimaschutz sind deutlich wirtschaftsbezogen. So schreibt Barroso: „Nun müssen wir zeigen, wie die Bekämpfung des Klimawandels dazu beitragen kann, unsere Volkswirtschaften zu modernisieren, und inwiefern sie die richtige Plattform bietet, um aus unserer Vorreiterrolle in technologischen Bereichen den entsprechenden Nutzen zu ziehen.“ Dabei gehe es nicht nur darum, die Weichen für die Zukunft des Planeten richtig zu stellen – Europa werde aus Investitionen in CO₂-arme Technologien auch enormen Nutzen für künftige Arbeitsplätze und kommendes Wachstum ziehen.

Barrosos Anpassungsfähigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch seine Biografie. Diese Schwäche des Portugiesen gilt aber auch als seine größte Stärke. Denn die europäischen Staats- und Regierungschefs wollen keinen starken Kommissionspräsidenten, um ihre eigenen Interessen in Europa besser durchsetzen zu können. Dennoch hat Barroso in seiner zweiten Amtszeit die Chance, es besser zu machen und das Rückgrat der Kommission im Machtstreit mit den Nationalstaaten zu stärken. Einen Schritt in diese Richtung hat er bereits getan, indem er seinen designierten Kommissaren und Kommissarinnen ein schriftliches Mandat über die in den nächsten fünf Jahren zu verfolgenden Zielen und Richtungen gab. [bv] ■

Joaquín Almunia (Spanien)

Wettbewerb

Vizepräsident der Kommission

Als Kommissar für Wirtschaft und Währung konnte der spanische Sozialist Joaquín Almunia Ammann (* 17. Juni 1948) bereits seit 2004 Erfahrungen in der EU-Kommission sammeln. Nun wird Almunia als Vizepräsident die Kommission vertreten und der Generaldirektion Wettbewerb (COMP) vorstehen, die durch die Abteilung Staatsbeihilfen für Energie und Verkehr (bisher Abteilung A2 der GD TREN) erweitert wurde.

In der neuen Barroso-Kommission soll Almunia das Wettbewerbsrecht in der EU durchsetzen sowie das Kartellrecht, die Kontrolle von Fusionen, staatlichen Einmischungen und Staatsbeihilfen umsetzen – auch in den Bereichen Verkehr und Energie. Zudem soll er in den nächsten Jahren einen wirtschaftlichen und rechtlichen Ansatz zur Bewertung von Wettbewerb und für ein Monitoring des Marktes entwickeln.

Almunia unterstrich in seiner Anhörung durch den Wirtschaftsausschuss des Parlaments, dass staatliche Beihilfen in bestimmten Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge im öffentlichen Interesse seien. In Bezug auf die Finanzbranche sprach sich der Spanier dagegen aus, öffentliche und Privatbanken unterschiedlich zu behandeln. Er kündigte an, die Wirkung der in der Finanzkrise geleisteten staatlichen Beihilfen sehr genau zu untersuchen, und befürwortete die Umstrukturierung von Banken, die staatliche Hilfen erhalten haben. Auch wolle er besonders gegen „unverantwortliche Bonuszahlungen“ kämpfen.

Der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler Almunia begann seine politische Laufbahn 1974 als Wirtschaftsexperte in einer Gewerkschaft. 1979 wurde er erstmals ins spanische Nationalparlament gewählt. Später war er Minister für Arbeit und Minister für öffentliche Verwaltung. Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung 1991 unterrichtete er an der Universität, bis er 1994 als Sprecher der sozialdemokratischen PSOE-Fraktion in die Politik zurückkehrte und später Generalsekretär der PSOE wurde. Mit seinem Amtsantritt als Kommissar für Wirtschaft und Währung 2004 schied er aus dem spanischen Parlament aus. [bv] ■

László Andor (Ungarn)

Beschäftigung, Soziales und Integration

Der ungarische Ökonom László Andor (* 3. Juni 1966) steht der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit (EMPL) vor – mit Ausnahme der Abteilung G Gleichstellung, Antidiskriminierung und Zivilgesellschaft, die in die Zuständigkeit der Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft fällt. Der Ungar ist auch zuständig für die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA), für die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) sowie für den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Globalisierungsfonds (EGF).

Im neuen Barroso-Team soll Andor die Arbeitslosigkeit bekämpfen, eine moderne Sozialagenda für Europa entwickeln und Gesetzesvorlagen zur besseren Umsetzung der Entsenderichtlinie sowie zur Arbeitszeitrichtlinie erarbeiten. Zudem gehören die Armutsbekämpfung, die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie die Sicherung der europäischen Rentensysteme zu seinen Aufgaben.

Andor stellte in der Anhörung vor dem Europäischen Parlament seine Prioritäten dar: die Überalterung der Bevölkerung, die EU-2020-Strategie, die Armutsbekämpfung und die Vereinfachung der Sozialfonds. Ziel der Kommission müsse in den kommenden Jahren vor allem sein, weitere Arbeitsplatzverluste in Europa zu vermeiden.

Der studierte Ökonom arbeitete wissenschaftlich im Ausschuss für Internationale Studien der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und als Professor. Später war er Mitglied des Direktoriums der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), seit 2005 saß er dort im Verwaltungsrat. Er gehört laut Budapest Zeitung einer stark linksorientierten Denkschule an und sprach sich wiederholt gegen marktorientierte Reformen aus.¹ [aks, bv] ■

1 www.kurzlink.de/budapester_zeitung

Catherine Ashton (Großbritannien)

Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik und Erste Vizepräsidentin der Kommission

Die britische Labour-Politikerin Catherine Ashton, Baroness Ashton of Upholland (* 20. März 1956) war seit Oktober 2008 EU-Handelskommissarin. Nun ist sie „Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik“ und Erste Vizepräsidentin der Kommission. Geschaffen wurde dieses Amt erst 2009 durch den Lissabon-Vertrag. Dieser sieht vor, dass der Hohe Vertreter sowohl dem EU-Ministerrat angehört als auch der Kommission (in Form des Vizepräsidenten). Aufgrund dieser Doppelfunktion und wegen Ashtons Aufgaben insbesondere im Rat als „EU-Außenministerin“ wird der Kommissionspräsident in seiner und ihrer Abwesenheit von den übrigen Vizepräsident/innen in der vom Lissabon-Vertrag vorgegebenen Reihenfolge vertreten: Viviane Reding, Joaquín Almunia, Siim Kallas, Neelie Kroes, Antonio Tajani, Maroš Šefčovič.

Das Amt der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik bekleidet Ashton seit Dezember 2009. Für dieses Amt wurden zwei bisher getrennte Funktionen zusammengefasst – die des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik und die des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds. Catherine Ashton ist befugt, Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen vorzuschlagen. Im Zusammenspiel mit den anderen Mitgliedern der Kommission, die ebenfalls mit außenpolitisch relevanten Themen zu tun haben, soll Ashton den strategischen Rahmen und die Richtung der EU-Außenpolitik festsetzen. Darüber hinaus soll sie ein weltweites Netz von über 5.000 Diplomaten aufbauen, die dem neuen Amt zuarbeiten sollen. Die Vertretungen der EU-Kommission im Ausland werden zu Botschaften umgebaut.

Nach ihrer ersten Anhörung vor dem Europäischen Parlament im Dezember wurden Ashtons Antworten als „zu unbestimmt“ und „zu allgemein“ kritisiert. Bei ihrer zweiten Anhörung im Januar zeigte sich die Britin besser vorbereitet. Sie sieht es als ihre wichtigste Priorität an, den neuen Auswärtigen Dienst der Europäischen Union schlagkräftig aufzubauen. Ihre Vision dabei sei es, so Ashton, etwas

zu schaffen, das „alle unsere Elemente, politische, militärische, wirtschaftliche, zu einer schlüssigen Strategie zusammenbringt“.

Catherine Ashton studierte Soziologie und Wirtschaftswissenschaften und arbeitete anschließend für eine Organisation der britischen Friedensbewegung. Später leitete sie die Gesundheitsbehörde in der Grafschaft Hertfordshire nördlich von London und setzte sich in verschiedenen Gremien gegen die Diskriminierung von Benachteiligten ein. 1999 wurde Ashton geadelt, wodurch sie den Titel Baroness Ashton of Upholland erhielt. Dadurch konnte der damalige Labour-Premierminister Tony Blair sie als Mitglied des Oberhauses auf Lebenszeit berufen. Sie übernahm verschiedene Positionen im Bildungsministerium, später im Verfassungsministerium und Justizministerium. Blairs Nachfolger Gordon Brown beschenkte Ashton mit den Funktionen der Präsidentin des Kronrates, des politischen Beratungsgremiums der britischen Königin, und der Vorsteherin des Oberhauses.

Im Oktober 2008 trat Ashton die Nachfolge des britischen EU-Handelskommissars Peter Mandelson an. Als Handelskommissarin wurde ihr in einem ARD-Porträt Einfühlungsvermögen und Verhandlungsgeschick bescheinigt.² „Stille Diplomatie“, so Ashton, „war der Stil, den ich in den Job als Handelskommissarin gebracht habe, und es wird der Stil sein, in dem ich weitermache.“ Britische Skeptiker kritisieren, Ashton sei nie in ihrem Leben in eine Position gewählt, sondern stets ernannt worden. Außerdem habe sie als Handelskommissarin keine eigenen Projekte angestoßen, sondern „bloß einen Vertrag über Bananenhhandel mit Amerika und ein Freihandelsabkommen mit Südkorea zustande gebracht“, wie die FAZ kolportierte.³ Erst im Laufe der Zeit wird sich also zeigen, wer Europa auf der Weltbühne vertritt. [bv] ■

2 www.tagesschau.de/ausland/ashton116.html
3 www.faz.net (21. November 2009)

Michel Barnier (Frankreich)

Binnenmarkt und Dienstleistungen

Der Franzose Michael Barnier (*9. Januar 1951) konnte schon 1999-2004 unter Kommissionspräsident Romano Prodi Erfahrungen als Kommissar für Regionalpolitik und institutionelle Reformen sammeln. Nun ist Barnier zuständig für die Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen (MARKT) sowie für das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM).

Im Team von Barroso soll er dem Binnenmarkt neuen Antrieb verleihen, indem er Initiativen im Bereich Finanzdienstleistungen, öffentliche Beschaffung, Dienstleistungsfreiheit, geistige Eigentumsrechte und berufliche Qualifikationen anführt. Zum 20. Geburtstag des EU-Binnenmarkts im Jahr 2012 will die Kommission ein Bündel von Initiativen zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Binnenmarkt vorschlagen. Die vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und eine Gesetzgebung zur Berufsqualifikation sollen zu mehr Dienstleistungsfreiheit führen. Effiziente und sichere Finanzmärkte sollen Europas Wirtschaft wieder zu Wachstum verhelfen. Dafür sollen unter Barniers Leitung die Rahmenbedingungen und die EU-Kontrollstrukturen gestärkt werden.

Barnier kündigte in seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament an, er wolle Sozialdumping bekämpfen und Dienstleistungen im Gemeinwohlinteresse schützen. Er werde als EU-Kommissar weder Anweisungen aus Paris noch aus London entgegennehmen, fügte er hinzu.

Barnier wurde schon in jungen Jahren Abgeordneter der bürgerlich-rechten Partei RPR. Er war Umwelt-, Europa- und Außenminister, Minister für Landwirtschaft und Fischerei und arbeitete im Senat unter anderem als Leiter des Europaausschusses. 2006 wurde er zu einem der Vizepräsidenten der Europäischen Volkspartei gewählt und zog bei der Europawahl 2009 als Listenführer der bürgerlich-rechten UMP ins EU-Parlament ein. In seiner Zeit als EU-Kommissar für Regionalpolitik und institutionelle Reformen war er unter anderem Vertreter der Kommission im Europäischen Konvent und damit für die Ausarbeitung des Vertrages über eine Verfassung für Europa zuständig. [aks, bv] ■

Dacian Cioloș (Rumänien)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Der rumänische Agraringenieur und parteilose Politiker Dacian Cioloș (* 27. Juli 1969) ist Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Dank der Unterstützung Frankreichs und weil er der einzige Kandidat der neuen Kommission mit Interesse an diesem Ressort war, hat Barroso es ihm zugeteilt. Mit der Zuweisung des finanziell gut ausgestatteten Landwirtschaftsressorts hat Barroso dem Rumänen großes Vertrauen entgegengebracht. Rumänien leidet nach wie vor stark unter Korruption.

Für Barroso spielt die Landwirtschaft eine strategische Rolle für die zukünftige Entwicklung Europas: bei der Gewährleistung der Nahrungssicherheit, dem Schutz der Umwelt und der Anpassung an den Klimawandel. Cioloș soll die EU-Agrarreform durch weitere Anpassungen und Umstrukturierungen fortsetzen und Europa auf die sich wandelnden europäischen und globalen Bedingungen vorbereiten. Cioloș soll Vorschläge für die Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 ausarbeiten, die auf einer Evaluierung der jetzigen Politik und der Ergebnisse des 2008 durchgeführten „Gesundheitschecks“ beruhen. Einerseits soll die Ernährungssicherheit gewährleistet, andererseits der globale Markt bedient werden. Gleichzeitig muss aber der ländliche Raum sowohl ökologisch als auch sozial unterstützt werden. Bei alledem sollen auch noch die Nahrungsmittelpreise niedrig bleiben.

In seiner Anhörung vor dem Landwirtschaftsausschuss des Parlaments erklärte Cioloș, dass die Reform der Landwirtschaft auch eine Neujustierung der Verteilung der Agrarfondsmittel auf die unterschiedlichen Regionen und Mitgliedstaaten und deren landwirtschaftliche Betriebe mit sich bringen werde. Direktzahlungen an die Bauern sollten ihnen ein Mindesteinkommen gewährleisten. Der Rumäne zeigte sich überzeugt, dass die EU weiter dazu beitragen müsse, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirte zu verbessern.

Cioloș studierte bis 1994 an der Universität für Bodenkultur und Veterinärmedizin in Cluj-Napoca mit dem Schwerpunkt

Obst- und Gemüseanbau. Der Diplom-Gartenbauingenieur promovierte nach verschiedenen Praktika und Aufbaustudien in Frankreich in Volkswirtschaftslehre an der Ecole Nationale Supérieure Agronomique in Montpellier. 2002 und 2003 arbeitete er in Rumänien bei der EU-Delegation als Task-Manager für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Seit Januar 2005 war er im rumänischen Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und ländliche Entwicklung beschäftigt, dem er von Oktober 2007 bis Dezember 2008 als Minister vorstand. An seinem Fachwissen bestehen deshalb kaum Zweifel. Sein Werdegang erklärt die Unterstützung Frankreichs. Erwartet wird, dass er als Kommissar sowohl die französischen Interessen als auch die der neuen EU-Staaten in Ost- und Südosteuropa besonders unterstützen wird.

Dacian Cioloș ist der erste Landwirtschaftskommissar, der für die Umsetzung seiner Politik auf die Zustimmung des Europäischen Parlaments angewiesen ist. Dessen Einfluss auf die Agrarpolitik ist mit dem Vertrag von Lissabon stark gestiegen. [bv] ⁴ ■

⁴ Zusätzlich verwendete Quellen: www.proplanta.de
www.topagrar.com

John Dalli (Malta)

Gesundheit und Verbraucherpolitik

Der konservative maltesische Politiker John Dalli (* 5. Oktober 1948) steht der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher (GD SANCO) vor. Er kümmert sich auch um die europäische Arznei- und Kosmetikpolitik, die bislang der Generaldirektion Industrie zugeordnet war (F.2 und F.3 der GD ENTR), sowie um die Einheit Biotechnologie, Pestizide und Gesundheit und damit die Gentechnik, die zuvor bei der Generaldirektion Umwelt lag (D.4 der GD ENVI). Die Einheit Verbrauchervertrags- und Marketingrecht (B2 der GD SANCO) hingegen ist nun der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit zugeordnet. Darüber hinaus ist Dalli zuständig für das Gemeinschaftliche Sortenamt (CPVO), das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) sowie die Exekutivagentur für Gesundheit und Verbraucher (EAHC).

Im Team von Barroso soll sich John Dalli für die Sicherheit der Nahrungskette und den Kampf gegen Seuchen sowie für ein effektives Gesundheitssystem in Europa einsetzen. Zu seinen Zuständigkeitsbereichen gehören auch Arzneimittel und medizinische Produkte sowie Pandemien. Zudem soll er den Verbrauchern grenzübergreifend zu mehr Rechten verhelfen.

Dalli erhält in der neuen Kommission die meisten Zuständigkeiten für die Gentechnik. Er wolle seine Entscheidungen zu Gentechnikprodukten auf wissenschaftlicher Grundlage treffen, sagte der Malteser bei der Anhörung vor dem Europäischen Parlament. Dabei sei es sehr wichtig, dass die wissenschaftliche Begutachtung unabhängig erfolge, betonte er offenbar mit Blick auf die wachsende Kritik an der europäischen Zulassungsbehörde EFSA. Dalli vermied jedoch konkrete Aussagen zu wichtigen aktuellen Fragen der europäischen Gentechnikpolitik. Barroso schlägt in seinen „Politischen Leitlinien“ für seine zweite Amtsperiode als Kommissionspräsident vor, „bei gentechnisch veränderten Organismen ein auf wissenschaftlicher Grundlage beruhendes EU-Zulassungssystem einzuführen, zugleich aber den Mitgliedstaaten die Freiheit der Entscheidung zu lassen, ob sie in ihrem

Hoheitsgebiet gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen möchten oder nicht.“

Bei seiner Anhörung machte Dalli deutlich, dass er die Patienten und die Verbraucher in den Mittelpunkt seiner Politik stellen wolle. Zudem sprach er sich für weitere Anstrengungen zur besseren Kennzeichnung von Produkten aus, um die Verbraucher in die Lage zu versetzen, gut informierte Entscheidungen zu treffen. Weiterhin kündigte er an, einen Bericht zum Klonen von Tieren vorzulegen. In den Problemfeldern Fehlernährung, Alkohol- und Zigarettenkonsum seien weitere Fortschritte im Rahmen einer präventiven Gesundheitsfürsorge notwendig. Beim Pharma-Paket wolle er gewährleisten, dass die Interessen der Patienten stärker berücksichtigt werden. Auch die Möglichkeit sich im Ausland behandeln zu lassen werde er verbessern und entsprechende Gesetzgebungsvorschläge vorantreiben.

Als Wirtschaftsprüfer arbeitete John Dalli für verschiedene Unternehmen in Malta und Brüssel. Seit 1971 ist er in Malts konservativer Nationalist Party aktiv. Seit 1987 bekleidete er verschiedene Ministerämter in der maltesischen Regierung. Dabei war er in wechselnden Ressortzuschnitten zuständig für Wirtschaft, Industrie, Finanzen, Auswärtiges und Soziales. [bv] ■

Maria Damanaki (Griechenland)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

Die griechische Politikerin Maria Damanaki (* 1952) ist Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei. Damit unterstehen ihr die Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei der Europäischen Kommission sowie die Europäische Fischereiaufsichtsagentur (CFCA).

Zu Damanakis Aufgaben während der nächsten fünf Jahre gehört eine ambitionierte Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) auf Grundlage des 2009 von der Kommission veröffentlichten Grünbuches. Die Reform soll die Fischerei der EU auf der Basis wissenschaftlicher Daten durch einen effektiven Umgang mit den Überkapazitäten der Fangflotte auf einen klaren Kurs in Richtung Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und soziale Nachhaltigkeit bringen. Auch müsse die reformierte Fischerei eine klare Perspektive aufweisen und eine Nachhaltigkeitskultur etablieren, heißt es in dem als Diskussionsgrundlage gedachten Grünbuch. Die gestärkte und konsolidierte integrierte europäische Meerespolitik soll unter der Leitung der Kommissarin zu neuem Wirtschaftswachstum, neuen Jobs sowie zu einer grüneren Wirtschaft beitragen. Ein ressortübergreifender Ansatz innerhalb der Kommission soll Politikinstrumente verschiedener Sektoren verbinden, um dem Wirtschafts- und Beschäftigungspotenzial des maritimen Sektors besser dienen zu können.

Damanaki beschrieb in ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament die dramatische Überfischung. Den Beifang, der eines der größten Probleme der modernen Fischerei darstellt, könne man aber durch moderne Technik reduzieren und damit zur Sicherung der Existenz der Fischer beitragen. Zudem sprach sich Damanaki dafür aus, Aquakulturen auszubauen und ein „blaues Wachstum“ zu unterstützen. Auch müsse die EU die Piraterie bekämpfen, um die Sicherheit der Fischereiflotten zu gewährleisten.

Die studierte Chemikerin war während ihres Studiums aktiv im Widerstand gegen die Griechische Militärdiktatur, zeitweise war sie inhaftiert und wurde gefoltert.

Nach dem Sturz der Diktatur wurde sie 1977 ins griechische Parlament gewählt, dem sie bis 1993 zunächst für die kommunistische KKE und später für die Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie Synaspismos angehörte, bis diese an der Dreiprozenthürde scheiterte. Ab 2000 gehörte Damanaki wieder dem Parlament an, trat jedoch 2003 aus der Synaspismos aus und gab ihr Mandat auf. 2004 wechselte sie zur Panhellenischen Sozialistischen Bewegung PASOK und wurde für diese bei den Parlamentswahlen 2004, 2007 und 2009 wiedergewählt. Nach einem der Wahlsiege wollte Parteichef Giorgos Papandreou die engagierte Umweltschützerin und Menschenrechtlerin zur Staatssekretärin im Bürgerschutzministerium machen. Sie lehnte jedoch ab, weil sie damit für die Polizei zuständig geworden wäre. [bv] ■

Karel de Gucht (Belgien)

Handel

Der Belgier Karel de Gucht (* 27. Januar 1954) ist bereits seit Juli 2009 Mitglied der EU-Kommission, als er die Nachfolge von Louis Michel als EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe antrat. Nun ist ihm die Generaldirektion Handel (GD TRADE) unterstellt.

De Gucht soll sich für offene globale Märkte einsetzen und dabei die Doha-Handelsrunde zum Abschluss bringen. Darüber hinaus soll er dazu beitragen, regionale und bilaterale Freihandelsabkommen abzuschließen, den Transatlantischen Wirtschaftsrat mit den USA und den sogenannten hochrangigen Wirtschaftsdialog mit China zu koordinieren und die Wirtschaftsbeziehungen zu stärken. Ziel ist die Offenhaltung und Öffnung von Märkten. Die Erneuerung des Präferenzsystems der EU soll die Entwicklungsländer entscheidend beim Handel mit der Union unterstützen und ebenso die wirtschaftlichen Partnerschaften mit der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Länder (AKP-Staaten) vertiefen.

Karel de Gucht zeigte sich während seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament optimistisch, dass die Doha-Runde der Welthandelsgespräche 2010 oder 2011 zum Abschluss gebracht werden kann. Er versprach, sich für den Abschluss eines internationalen Abkommens gegen Produktfälschungen einzusetzen. De Gucht bezog Stellung gegen eine CO₂-Einfuhrsteuer auf Produkte aus Ländern, die sich nicht an einem Klimaschutzabkommen beteiligen. Dies werde zu einem Handelskrieg führen. Ausdrücklich warnte de Gucht vor einem „Rückfall in Protektionismus“. Nichttarifäre Handelshemmnisse gehörten zu den Hauptproblemen für die Handelspolitik der nächsten Jahre.

Der Jurist ist Mitglied der belgischen liberalen Partei Open VLD und war auch deren Vorsitzender. Er war Abgeordneter des Europäischen Parlamentes, des Belgischen Senats und des Parlaments der Flämischen Gemeinschaft. Bis de Gucht im Juli 2009 EU-Kommissar für Entwicklung und Humane Hilfe wurde, war er seit 2004 belgischer Außenminister. 2006 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). [bv] ■

Štefan Füle (Tschechien)

Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik

Štefan Füle (*24. Mai 1962) ist für die Generaldirektion Erweiterung (ELARG) und die Bereiche der Nachbarschaftspolitik der Generaldirektion Außenbeziehungen (RELEX) sowie für das EuropeAid-Kooperationsbüro (AIDCO) zuständig.

Zu seinen Aufgaben gehört es, die fortlaufenden Verhandlungen mit den EU-Beitrittskandidaten zu führen, insbesondere mit Kroatien und der Türkei. In seine Verantwortung fällt auch die Unterstützung für die anderen Länder des westlichen Balkan und für Island, um eine künftige Mitgliedschaft vorzubereiten. Zudem soll Füle glaubwürdige und attraktive Alternativen zum Beitritt der Nachbarländer entwickeln, die keine Mitglieder werden.

In seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament erklärte Füle, dass die Erweiterung sein Land und sein Leben verändert habe. Daher glaube er fest an eine weitere Wiedervereinigung. Bezüglich der Beitrittskandidaten sind für Füle die EU-Aufnahmekriterien von zentraler Bedeutung. Die Kommission müsse aber helfen, dass sie von den Kandidaten erfüllt werden. Er sprach sich klar für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und gegen eine auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel favorisierte privilegierte Partnerschaft aus.

Štefan Füle studierte an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität Prag und dem Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen in Moskau. Als Mitglied der Kommunistischen Partei war er im diplomatischen Dienst der Tschechoslowakei tätig und nahm am UN-Studienprogramm für Abrüstung teil. Füle arbeitete als Erster Sekretär der tschechischen UN-Vertretung und als Chef der Abteilung Internationale Organisationen im Prager Außenministerium. Er war an den Verhandlungen zum NATO-Beitritt Tschechiens beteiligt, als Botschafter seines Landes in Litauen sowie in Großbritannien tätig, erster Stellvertreter des Verteidigungsministers und Ständiger Vertreter Tschechiens im Range eines Botschafters bei der NATO. Zwischen Mai 2009 und seinem Amtsbeginn bei der EU-Kommission war Füle tschechischer Minister für europäische Angelegenheiten. [aks, bv] ■

Máire Geoghegan-Quinn (Irland)

Wissenschaft und Forschung

Máire Geoghegan-Quinn (*5. September 1950) leitet als Kommissarin für Wissenschaft und Forschung die Generaldirektion Forschung (RTD) sowie die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC), das EU-Referenzzentrum für Wissenschaft und Technologie. Die Irin steht dem Europäischen Forschungsrat (ERC) und dessen Exekutivagentur (ERCEA) sowie der Exekutivagentur für Forschung (REA) vor. Das zuvor in dieser Generaldirektion angesiedelte Marie-Curie-Programm geht dagegen in die Verantwortung der Generaldirektion Bildung und Kultur (EAC) über.

Zu Geoghegan-Quinns Aufgaben gehört der Aufbau des Europäischen Forschungsraums (ERA). Dafür soll sie die europäische Kooperation stärken, menschliche und finanzielle Ressourcen EU bündeln und den freien Fluss von Wissen, Ideen und Forschungen fördern. Die Rahmenbedingungen der EU-Forschungs- und Entwicklungspolitik, besonders das 8. Forschungsrahmenprogramm, sollen auch von ihr vorbereitet werden. Die Unterstützung von Forschungsleistungen durch die EU soll durch Rationalisierung, Vereinfachung der Finanzmechanismen und den Umbau des institutionellen und rechtlichen Rahmens effizienter werden.

In ihrer Anhörung vor dem EU-Parlament plädierte Geoghegan-Quinn dafür, die EU zu einer echten Forschungs- und Innovationsunion zu machen. Zu ihren Prioritäten gehöre es, den Europäischen Forschungsraum zu vollenden und innovationsfreundliche Forschung zu fördern, insbesondere die Klimaforschung. Europa müsse Forscher/innen innerhalb der EU mobiler zu machen und sie zum Verbleib in Europa ermutigen.

Die Lehrerin begann ihre politische Karriere mit 25 Jahren als Mitglied des Irischen Parlaments für die konservative Fianna Fáil. Später war sie Ministerin für die Ressorts Bildung, Europa, Tourismus, Verkehr, Sprachpolitik und Justiz. 1997 zog sie sich aus der Politik zurück, leitete zwei irische Großunternehmen, schrieb für die Zeitung und einen Roman und arbeitete für einen Fernsehsender. Im Jahr 2000 übernahm sie eine Position am Europäischen Rechnungshof. [aks, bv] ■

Kristalina Georgiewa (Bulgarien)

Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion

Die bulgarische Ökonomin und Politikerin Kristalina Iwanowa Georgiewa (* 13. August 1953) ist Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion und damit zuständig für die Generaldirektion Humanitäre Hilfe (ECHO). Unter ihrer Führung steht außerdem der zuvor bei der Generaldirektion Umwelt angesiedelte Katastrophenschutz.

Im Team von Barroso gehört es zu Georgiewas Aufgaben, die Verantwortung der Generaldirektion Humanitäre Hilfe zu stärken. Unterstützt wird dies durch die Anerkennung der humanitären Hilfe und der Prinzipien Neutralität, Objektivität und Nichtdiskriminierung als eine selbstständige Politik im Lissabon-Vertrag. Das Beobachtungs- und Informationszentrum (MIC) soll dabei die Solidarität innerhalb und außerhalb der EU überwachen. Unter Einbeziehung des MIC soll Georgiewa mit dem Hohen Repräsentanten bzw. dem Vizepräsidenten und dem Kommissar für Innenpolitik zusammenarbeiten.

In ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament kündigte Kristalina Georgiewa an, die europäische Katastrophenhilfe besser zu koordinieren. Mit Blick auf das Erdbeben in Haiti forderte sie eine Analyse, was Europa tun könne, um bei einer nächsten Katastrophe schneller und einheitlicher zu reagieren.

Die promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin unterrichtete an verschiedenen Universitäten in Bulgarien, Großbritannien und den USA. Ihr wissenschaftlicher Schwerpunkt lag auf der Umweltökonomie. 1993 wechselte sie zur Weltbank, wo sie ebenfalls für umweltökonomische Themen zuständig war. Dabei bereitete sie unter anderem die erste Umweltstrategie der Weltbank mit einem Etat von mehr als einer Milliarde Dollar für Umweltkredite vor und war für das Nachhaltigkeitsnetzwerk der Bank zuständig. 2008 wurde sie Vizepräsidentin der Weltbank. Im Sommer 2009 trat sie im bulgarischen Parlamentswahlkampf für die konservative Partei GERB auf und wurde als Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten gehandelt. [bv] ■

Johannes Hahn (Österreich)

Regionalpolitik

Der österreichische Politiker Johannes Hahn (* 2. Dezember 1957) ist zuständig für die Generaldirektion Regionalpolitik (REGIO). Dieses Ressort ist nach der Landwirtschaft das finanziell am besten ausgestattete der EU mit Fördertöpfen, die in der Periode von 2007 bis 2013 350 Milliarden Euro für den Ausgleich von wirtschaftlichen Unterschieden innerhalb der EU bereitstellen.

In der Kommission soll Hahn die künftige Kohäsionspolitik für Europas Regionen gestalten und an die neuen ökonomischen Erfordernisse und Herausforderungen anpassen. Die Kohäsionspolitik nach 2013 soll auf einer Evaluierung der vorherigen Programme und auf stringenteren Managementprozessen und einfacheren Vorschriften aufbauen und mit den anderen EU-Förderprogrammen besser abgestimmt sein. Als „Herr über die Fördertöpfe“ obliegt Hahn die Aufsicht über die Ausgaben im Einklang mit der Finanzverordnung und den Prinzipien einer guten Finanzmanagementpraxis. Dabei sollen der Europäische Entwicklungsfonds und der Kohäsionsfonds eine nachhaltige Entwicklung in allen Regionen Europas fördern.

Bei der Anhörung vor dem Europaparlament sprach sich Hahn für einen strategischen und integrierten Ansatz in der Regionalpolitik aus und erteilte allen Ideen zu einer Renationalisierung eine klare Absage. Regionalpolitik sei eine europäische Erfolgsgeschichte und es gebe keine Alternative zu ihr. Die EU-Regionalpolitik müsse mehr in Bildung und Kreativität investieren, um Europas Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu steigern. Hahn sprach sich dafür aus, die Fonds zu vereinfachen und bei fehlerhafter Mittelverwendung „null Toleranz“ zu zeigen.

Der promovierte Philosoph begann seine politische Karriere in der Jugendorganisation der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), arbeitete dann im Generalsekretariat der ÖVP und wurde später Wiener Geschäftsführer und Obmann dieser Partei. Hahn war von 2007 bis zu seinem Amtsantritt als Kommissar Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und interimsweise Justizminister Österreichs. [bv] ■

Connie Hedegaard (Dänemark)

Klimapolitik

Die dänische Journalistin und Politikerin der Konservativen Volkspartei Connie Hedegaard (* 15. September 1960) ist Kommissarin der neu geschaffenen Generaldirektion Klimapolitik (CLIM). Diese soll noch vor dem Sommer 2010 aus Teilen der Abteilung C Klimaschutz und Luftqualität der Generaldirektion Umwelt (ENVI) gebildet und noch weiter aufgestockt werden. Vier ehemalige Unterabteilungen der GD Umwelt fallen nun unter die Zuständigkeit der neuen Generaldirektion Klimapolitik: Klimaschutz, internationale Verhandlungen und Überwachung von EU-Maßnahmen (C.1), Marktwirtschaftliche Instrumente einschließlich Emissionshandel (C.2), Luftqualität und Verkehr (C.3) sowie Energie und Umwelt (C.5). Lediglich die Einheit C.4 (Industrieemissionen) bleibt in der Generaldirektion Umwelt.

In der neuen Kommission soll Connie Hedegaard eine zentrale Rolle spielen, um die beanspruchte europäische Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel und seine Auswirkungen durchzusetzen. Sie ist dafür verantwortlich, dass der Klimaschutz und die entwickelten Anpassungsstrategien an den Klimawandel in alle Politikbereiche integriert werden. Weiterhin ist sie für die Umsetzung der 2020-Ziele zur Reduzierung der EU-Treibhausgasemissionen zuständig. Sie soll das Europäische Emissionshandelssystem weiterentwickeln und mit den Ansätzen anderer Länder verschmelzen, um langfristig ein internationales Handelssystem aufzubauen. Sie ist auch für die Entwicklung und Verbreitung CO₂-armer Technologien verantwortlich. Ihre Klimaschutzpolitik soll auf ökonomischen und wissenschaftlichen Grundlagen aufbauen.

In ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament wandte sich die Dänin dagegen, für das Scheitern der Klimaverhandlungen in Kopenhagen die EU oder die dänische Regierung verantwortlich zu machen. Alle wichtigen Staaten müssten genauso wie die EU Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen. Die EU habe schon rechtlich verbindlich festgelegt, wie sie zum weltweiten Klimaschutz beitragen werde. Nun komme es auf die Umsetzung der beschlossenen Gesetze an. Als wichtigste Aufgabe nannte Hedegaard, den

Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen zu berücksichtigen.

Hedegaard studierte Literaturwissenschaften und Geschichte. Mit 24 Jahren wurde sie Abgeordnete im dänischen Parlament. In kurzer Zeit stieg sie zur politischen Sprecherin der Fraktion der Konservativen auf. 1990 verließ sie die Politik, um für eine große dänische Tageszeitung und später als Fernsehjournalistin zu arbeiten. 2001 wurde sie überraschend Umweltministerin im Kabinett von Anders Fogh Rasmussen. Als Gastgeberin der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen hat sich die weltweit vernetzte „Vollblutpolitikerin“⁵ einen Ruf als Dänemarks Vorzeigepolitikerin erarbeitet. Sie gilt als geradlinig, engagiert, resolut und unduldsam und ist als politisches Kommunikationstalent bekannt. Harte politische Konfrontationen scheut sie nicht. Als der dänische Regierungschef Lars Løkke Rasmussen sie im Frühjahr 2008 nicht zu Klimagesprächen mit US-Präsident Barack Obama nach Washington mitnehmen wollte, drohte sie – wenige Monate vor dem Klimagipfel in Kopenhagen – mit ihrem Rücktritt. Also nahm Rasmussen sie mit. [bv]⁶ ■

5 www.handelsblatt.com/;2495331

6 Zusätzlich verwendete Quelle: www.orf.at/091119-44974

Siim Kallas (Estland)

Verkehr

Vizepräsident der Kommission

Siim Kallas (* 2. Oktober 1948) gehört der Kommission seit Mai 2004 an und teilte sich anfänglich mit Joaquín Almunia das Wirtschaftsressort. Als Vizepräsident und Kommissar für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung setzte er sich in den letzten fünf Jahren für die Modernisierung Europas ein. Einen Namen machte er sich besonders bei der Durchsetzung von Transparenzinitiativen innerhalb der EU-Vergabepaxis.

Nun wird er wiederum das Amt eines Vizepräsidenten bekleiden und als Kommissar für Verkehr der aus der Generaldirektion Energie und Verkehr (TREN) abgespaltenen Generaldirektion Verkehr vorstehen. Damit ist er auch zuständig für die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA), die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) und die Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T EA). Der Zuschnitt der Generaldirektion Verkehr wird verändert, indem die ehemalige Einheit TREN A.2 Binnenmarkt und Wettbewerb der Generaldirektion Wettbewerb (COMP) zugeordnet wird. Darüber hinaus werden die Einheiten TREN G.3, G.4 und G.5 (Europäisches Satellitennavigationsprogramm) sowie die Europäische GNSS-Aufsichtsbehörde (GSA) des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo der Generaldirektion Unternehmen und Industrie (ENTR) zugeordnet.

Als Verkehrskommissar gehört zu Kallas' Aufgaben, die Verkehrspolitik der letzten 20 Jahre zu reformieren und eine integrierte Politik zu entwickeln. Diese soll die wachsende Mobilität sowie den Klimaschutz, das Wirtschaftswachstum und den sozialen Fortschritt unter einen Hut bringen und dabei auch die energiepolitischen Ziele nicht aus den Augen verlieren: Eine effiziente Logistik, Betriebs- und Versorgungssicherheit sowie die Verbraucherrechte sollen gefördert werden. Die Verkehrspolitik soll dabei an die von der EU eingegangenen klima- und energiepolitischen Verpflichtungen angepasst werden. Zudem stehen eine Bewertung der transeuropäischen Netze (TEN) und eine Neuausrichtung der Forschung auf integrierte

Verkehrssysteme, saubere Fahrzeuge und alternative Antriebstechniken an.

In seiner Anhörung verwies Kallas darauf, dass der Verkehr der einzige Sektor in Europa mit einem Anstieg der CO₂-Emissionen in den letzten Jahren sei. Dennoch müsse man darauf achten, einen Ausgleich zwischen der Rentabilität der Branche und umweltfreundlicher Regulierung zu finden. Im grenzüberschreitenden Schienenverkehr will Kallas für den Wettbewerb der Eisenbahnen sorgen und sich für den Abbau der technischen, politischen und administrativen Hindernisse einsetzen. Er versprach, 40 Prozent des EU-Verkehrsbudgets für den Schienenverkehr zu verwenden.

Der studierte Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler arbeitete als Fachmann im Finanzministerium der Estnischen Sowjetrepublik, bevor er 1979 Direktor der estnischen Sparkassen wurde. Kallas war 17 Jahre Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und schon zur Sowjetzeit in hohen Regierungsämtern. Kurz vor der politischen Wende in der Sowjetunion schrieb der Ökonom enthusiastische Artikel für die Unabhängigkeit Estlands. Nach der Unabhängigkeit begann Kallas 1991 eine zweite Karriere als Präsident der Nationalbank, wo er an der Festigung der Wirtschaft und der festen Bindung der Estnischen Krone an die D-Mark mitwirkte. Der Begründer der wirtschaftsliberalen Reformpartei wurde über die Karriereleiter Außen- und Finanzminister und 2002 Ministerpräsident. Kallas war an den Beitrittsverhandlungen Estlands mit EU und NATO beteiligt. [bv] ■

Neelie Kroes (Niederlande)

Digitale Agenda

Vizepräsidentin der Kommission

Die konservative Politikerin Neelie Kroes-Smit (* 19. Juli 1941) konnte sich schon in den vergangenen Jahren als Wettbewerbskommissarin profilieren. Nun ist sie Vizepräsidentin der Kommission und als Kommissarin für die Digitale Agenda verantwortlich für die neu geordnete Generaldirektion Informationsgesellschaft⁷ (INFSO) sowie für die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) und das künftige Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC).

Die Niederländerin Kroes soll in den nächsten fünf Jahren die Europäische Digitale Agenda vorbereiten, das integrierte Rahmenprogramm Wettbewerb und Innovation unterstützen und zu Europas technologischer Führung in der Informations- und Kommunikationstechnologie beitragen. Für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsinternet soll sie Finanzierungsmöglichkeiten erarbeiten lassen.

Kroes betonte in der Anhörung vor dem Parlament, dass Europa noch immer nicht genügend in die neuen Informationstechnologien investiere. Ein hundertprozentiger Zugang der Bevölkerung zum Breitbandinternet sei notwendig, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Wirtschaftswachstum zu erhöhen. Explizit sprach sie sich für den stärkeren Einsatz von Open-Source-Produkten und für die Netzneutralität aus. Provider sollten nur zur Spamabwehr oder bei Sicherheitsproblemen den Zugang zum Internet einschränken dürfen, nicht aus kommerziellen Gründen.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin war zunächst Assistenzprofessorin, bevor sie Mitglied des niederländischen Parlaments wurde. Nach ihrer Amtszeit als Verkehrsministerin 1982 bis 1989 beriet sie den EU-Verkehrskommissar in Brüssel. Bis 2000 leitete sie die Universität Nijenrode und saß seitdem in zahlreichen Aufsichtsräten internationaler Unternehmen. Sie gilt als harte Verhandlerin. [aks, bv] ■

Janusz Lewandowski (Polen)

Haushalt und Finanzplanung

Der polnische Ökonom und konservative Politiker Janusz Lewandowski (* 13. Juni 1951) hat als Kommissar für Haushalt und Finanzplanung die Generaldirektion Haushalt (BUDG) unter seiner Führung.

Lewandowski wird durch seine Zuständigkeit für das EU-Budget die ersten Weichen für die Verteilung der EU-Gelder nach 2013 stellen. Neben einer vernünftigen Führung des Tagesgeschäfts der EU soll er innovative Konzepte und Ideen zur Haushaltsreform (Budget Review) entwickeln, um der EU direkte eigene Einnahmen zu verschaffen.

Lewandowski sprach sich während seiner Anhörung durch den Haushalts- und den Haushaltskontrollausschuss grundsätzlich für die Einführung von EU-Steuern aus. Möglich seien etwa Abgaben auf Luftverschmutzungsrechte oder Finanzgeschäfte. Die Umsetzung sei allerdings schwierig, weil der Ministerrat einstimmig zustimmen müsse und die Mitgliedstaaten ihre Steuersouveränität nicht freiwillig aufgeben würden. Verbesserungen bei der ordnungsgemäßen Verwendung von EU-Mitteln und der Haushaltskontrolle seien vor allem in den Bereichen Strukturfonds und auswärtige Politik der EU möglich. Er versprach den Abgeordneten, dass EU-Gelder künftig effektiver ausgegeben werden.

Der promovierte Ökonom Lewandowski unterrichtete neun Jahre an der Danziger Universität und war dann bei den Polnischen Ozeanlinien beschäftigt. Lewandowski gründete das Institut für Marktwirtschaftsforschungen und arbeitete als Mitarbeiter verschiedener polnischer Zeitschriften sowie als ökonomischer Berater der Gewerkschaft Solidarność. Während seiner politischen Laufbahn war er Minister für Eigentumsübergänge und später Abgeordneter des polnischen Parlaments, des Sejm. Von April 2003 bis April 2004 war er Beobachter beim Europäischen Parlament. Im Juni 2004 und erneut 2009 wurde er ins EU-Parlament gewählt. [bv] ■

⁷ Das früher in diesem Ressort angesiedelte Programm MEDIA wird der Generaldirektion Bildung und Kultur (EAC) zugeordnet.

Cecilia Malmström (Schweden)

Inneres

Der liberalen Politikerin Anna Cecilia Malmström (* 15. Mai 1968) unterstehen als Kommissarin für Inneres vier Abteilungen der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit (JLS): Allgemeine Angelegenheiten (A), Einwanderung und Asyl (B), Migration und Grenzen (C) sowie Sicherheit (F). Malmström ist außerdem zuständig für die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX), das Europäische Polizeiamt (EUROPOL), die Europäische Polizeiakademie (CEPOL), das Visa-Informationssystem (VIS II), das Schengen-Informationssystem (SIS II) sowie die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA).

Im Barroso-Team soll Malmström Anfang 2010 einen Aktionsplan zum Stockholmer Programm zum Schutz der Grundrechte, des Privatlebens und von Minderheiten vorlegen sowie den Rahmen für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur vorantreiben. Auch der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl und die Bekämpfung illegaler Beschäftigung stehen auf ihrer Agenda. In ihr Ressort gehören zudem Terrorismusbekämpfung, Sicherheit und Datenschutz.

In ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament sprach sich Malmström für die Stärkung der Rechte legal zugewanderter Arbeitskräfte aus. Eine ihrer Prioritäten sei die Terrorbekämpfung und die kritische Überprüfung der bisherigen Politik in diesem Bereich. Konkret wolle sie sich für ein neues Abkommen über den Transfer der SWIFT-Bankdaten mit den USA einsetzen, um den Zahlungsverkehr weltweit auf terroristische Aktivitäten überprüfen zu können.

Die promovierte Politikwissenschaftlerin forschte und lehrte europäische Politik, Regionalismus, Einwanderungspolitik und Terrorismus. Malmström wuchs in Schweden und Frankreich auf und arbeitete in Stuttgart, Barcelona und Brüssel. Sie war Abgeordnete im Regionallandtag von Västra Götaland und ist seit 1997 Präsidiumsmitglied der Liberalen Volkspartei. Bevor sie im Oktober 2006 schwedische Europaministerin wurde, war sie Abgeordnete im EU-Parlament. [bv] ■

Günther Oettinger (Deutschland)

Energie

Der deutsche CDU-Politiker und baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (* 15. Oktober 1953) ist der neue Energiekommissar. Ihm unterstellt sind die aus der Generaldirektion Energie und Verkehr (TREN) abgespaltene Generaldirektion Energie, die Euratom-Versorgungsagentur sowie die Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EACI).

Für Barroso hat das Ressort eine Schlüsselrolle für die künftige Wettbewerbsfähigkeit, die Energiesicherheit, für das Einhalten der Klimaschutzziele, die Nachhaltigkeit und für die soziale Marktwirtschaft der EU. Zu Oettingers Aufgaben gehört es, die Wettbewerbsfähigkeit im Energiesektor, die Energiesicherheit und das Erreichen der Klimaschutzziele zu gewährleisten.

Dabei soll die Energieerzeugung langfristig „dekarbonisiert“ werden. Das soll durch Erarbeitung einer langfristigen Strategie, die Überprüfung der Energieeffizienzpolitik und die Fortschreibung des Aktionsplans von 2006 geschehen. Aufbauend auf dem Strategischen Energietechnologieplan soll unter Oettingers Leitung die Kommission die Erforschung industrieller Energietechnologien vorantreiben. Innovation für mehr Wachstum und Jobs lautet hier die Formel. Dazu sollen auch die Stromnetze ausgebaut werden – sowohl ein „super grid“ für die Hochspannungsübertragung über den Kontinent und die angrenzenden Meere als auch „smart grids“, also „intelligente“, dezentrale Netze. In der Energiepolitik soll der neue Kommissar einerseits gewährleisten, dass die 2020-Ziele der EU bei den Erneuerbaren eingehalten werden, andererseits soll er den Mitgliedstaaten mit Atomkraftwerken helfen, den Sicherheitsrahmen für Atomenergie und den Umgang mit Atommüll einzuhalten.

In seiner Anhörung vor Abgeordneten des Industrie- und Umweltausschusses forderte Oettinger einen „umfassenden Paradigmenwechsel in der Energiepolitik“. Er nannte die Entwicklung einer CO₂-armen Energieversorgung und die Versorgungssicherheit als Prioritäten für seine Amtszeit. Eine weitere Priorität sei die Energie-

effizienz. Zunächst wolle er die bereits beschlossenen Maßnahmen überprüfen, bevor er in einem zweiten Schritt neue Maßnahmen vorschlagen werde, sagte Oettinger. Ziel sei es, bis zum Jahr 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent gegenüber dem Prognoseszenario zu steigern. Der Atomenergie räumte er eine „Brückenfunktion“ zur Erreichung der Klimaschutzziele ein. Bezüglich des Anteils von Atomenergie und erneuerbaren Energien an der EU-Energieversorgung wolle er „Respekt vor der nationalen Entscheidungskompetenz“ wahren.

Günther Oettinger studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen arbeitete er als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt. Seit 1988 ist er Mitinhaber einer Wirtschaftsprüfungs- und Anwaltskanzlei. Seine politische Karriere begann 1977, als Oettinger CDU-Vorsitzender von Ditzingen bei Stuttgart wurde. Seit 1984 ist er Mitglied des baden-württembergischen Landtags, 14 Jahre lang war er Vorsitzender der dortigen CDU-Fraktion. Seit 1999 ist er Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Medienpolitik seiner Partei. 2005 übernahm Oettinger die Ämter des Ministerpräsidenten und des CDU-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg. [bv] ■

Andris Piebalgs (Lettland)

Entwicklung

Der lettische liberal-konservative Politiker Andris Piebalgs (* 17. September 1957) war in den letzten fünf Jahren Kommissar für Energie. Als Kommissar für Entwicklung unterstehen ihm nun die Generaldirektion für Entwicklung (DEV) sowie das EuropaAid-Kooperationsbüro (AID).

Zu Piebalgs' Aufgaben in der neuen Barroso-Kommission gehört es, die Rolle Europas als „Champion der Entwicklungswelt“ zu festigen und sicherzustellen, dass die EU ihre eingegangenen Verpflichtungen zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele der UN einhält. Die Beziehungen zu Afrika sollen gestärkt werden. Insgesamt soll die Entwicklungshilfe effektiver werden.

In seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament stellte Piebalgs die Politikpriorität für Entwicklung als eine seiner Prioritäten dar. Damit ist gemeint, dass die EU-Entwicklungspolitik nicht durch andere Maßnahmen etwa in der Agrarpolitik unterlaufen werden soll. Piebalgs will außerdem erreichen, dass die Mitgliedstaaten trotz Wirtschaftskrise keine Kürzungen ihrer offiziellen Entwicklungshilfe vornehmen. Er betonte, dass finanzielle Hilfe für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zusätzlich zu den bereits vor Jahren zugesagten Mitteln für die Armutsbekämpfung geleistet werden müsse. Darauf wolle er auch bei den Mitgliedstaaten dringen. Er versprach, dem Entwicklungsausschuss jederzeit zum Dialog zur Verfügung zu stehen.

Der Physiker und Lehrer profilierte sich zu Beginn seiner politischen Laufbahn als Bildungs- und Finanzpolitiker und hatte in den 1990er-Jahren in beiden Politikfeldern Ministerposten inne. Von 1998 bis 2003 vertrat er Lettland als Botschafter bei der EU und war in dieser Position federführend bei den Beitrittsverhandlungen. Nach einem kurzen Zwischenspiel als Staatssekretär für EU-Beziehungen im lettischen Außenministerium kehrte Piebalgs 2004 als Energiekommissar nach Brüssel zurück. Er hat den Ruf eines stets gut vorbereiteten Diplomaten, der seine Aufgabe ernst nimmt und sich nicht scheut, auch vermeintlichen Giganten die Stirn zu bieten. [bv] ■

Janez Potočnik (Slowenien)

Umwelt

Der parteilose Wirtschaftsfachmann Janez Potočnik (* 22. März 1958) ist seit 2004 EU-Kommissar. Er war zuerst für Erweiterung und später für Wissenschaft und Forschung zuständig. Nun ist der Slowene als Umweltkommissar zuständig für die Generaldirektion Umwelt (ENV) sowie die Europäische Umweltagentur (EEA). Die Generaldirektion Umwelt gibt einige Abteilungen an andere Generaldirektionen ab. Aus dem Themenbereich Klimaschutz und Luftqualität gehen die vier Klimaschutz-Unterabteilungen C.1, C.2, C.3 und C.5 an die neu einzurichtende Generaldirektion Klima. Nur der Bereich Industrieemissionen (C.4) verbleibt bei der GD Umwelt. Die Unterabteilungen, die sich um Katastrophenschutz kümmern, werden der Generaldirektion Humanitäre Hilfe (ECHO) zugeordnet. Die Unterabteilung D.4 für Biotechnologie, Pestizide und Gesundheitsschutz fällt an die Generaldirektion für Gesundheit (SANCO).

Zu Potočniks vorrangigen Aufgaben in den nächsten fünf Jahren gehört, mehr „Umwelt“ in die Wirtschaft zu integrieren. Das soll durch Aktionspläne für Öko-Innovationen, Umwelttechnologien und eine neue Phase in der Politik für nachhaltige Produktions- und Konsummuster geschehen. Dadurch soll die EU ressourceneffizienter werden. Auch der Kampf gegen den Biodiversitätsverlust und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen durch die europäischen Politiken zu Luftqualität, Bodenschutz und Wassermanagement zählen zu den vordringlichen Aufgaben des Umweltkommissars.

Potočnik betonte während seiner Anhörung vor dem Umweltausschuss, dass ökologische Aspekte und wirtschaftliches Wachstum miteinander verbunden werden müssten. Investitionen in den Umweltschutz seien Investitionen in Arbeitsplätze mit Zukunft. Die Wirtschaft brauche Klarheit und Verlässlichkeit beim Umwelt- und Klimaschutz. Umweltpolitik sei ein Querschnittsthema und könne nur als solches erfolgreich sein. Als Prioritäten für seine Amtszeit benannte Potočnik Ressourceneffizienz, Biodiversität, die sogenannte bessere Rechtsetzung sowie die Umsetzung der bestehenden EU-Umweltgesetzgebung und die Kontrolle ihrer Anwendung. Er machte wenig konkrete Aussa-

gen, deutete aber an, dass er an der seit langem diskutierten Bodenschutzrichtlinie festhalten will, keine Notwendigkeit für eine Überarbeitung der Natura-2000-Gesetzgebung sieht und im Jahr 2011 ein 7. Umweltaktionsprogramm anstrebt.

Der promovierte Ökonom Potočnik arbeitete zunächst als Professor an der juristischen Fakultät von Ljubljana und forschte am Institut für Ökonomische Forschung. Von 1993 bis 2001 war er Direktor des Instituts für makroökonomische Analysen und Entwicklungen und leitete in den Beitrittsverhandlungen zur EU die slowenische Delegation. Danach war der Wirtschaftsexperte als ministerieller Berater der Regierung in EU-Angelegenheiten tätig, bis er Anfang 2002, obwohl parteilos, Europaminister Sloweniens wurde. Seine Kompetenz wird so sehr geschätzt, dass ihn sein Land auch ohne Parteibindung erneut als Kommissar nach Brüssel schickte.

Potočniks Zuständigkeit für Wissenschaft und Forschung in der ersten Barroso-Kommission sehen Kritiker mit Bedenken, da dieser Hintergrund eine offenere Haltung der neuen Kommission gegenüber der Gentechnik bedeuten könnte. Der bisherige Umweltkommissar Stavros Dimas hatte mehrere industriefreundliche Regelungen für gentechnisch veränderte Sorten wegen verschiedener Bedenken blockiert.⁸ [bv] ■

⁸ www.proplanta.de/rl.php?url=1265405023

Viviane Reding (Luxemburg)

Justiz, Grundrechte, Bürgerschaft Vizepräsidentin der Kommission

Die Christdemokratin Viviane Reding (* 27. April 1951) war bereits unter Romano Prodi Kommissarin für Bildung und Kultur und in der ersten Barroso-Kommission Kommissarin für audiovisuelle Medien und Informationsgesellschaft. Nun ist sie Vizepräsidentin und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft. Ihr unterstehen die Abteilungen A, D und E der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit (JLS), die Generaldirektion Kommunikation (COMM) in erweitertem Zuschnitt⁹ und die Abteilung G der Generaldirektion Arbeit, Soziales und Gleichstellung (EMPL). Außerdem ist sie für die Agentur für Grundrechte (FRA), das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE), die Einheit für justizielle Zusammenarbeit (EUROJUST) sowie das Amt für Veröffentlichungen (OP) zuständig.

Reding soll Anfang 2010 einen Aktionsplan zum Stockholmer Programm zum Schutz der Grundrechte und des Privatlebens vorlegen und verhandeln. Zu ihren Hauptaufgaben gehören die Gewährleistung der europäischen Grundrechte in den Mitgliedstaaten, der Kampf gegen Rassismus und andere Diskriminierung, die Kinderrechte und der Datenschutz.

In der Anhörung vor dem Parlament kündigte Reding an, dem Grundrechtsschutz bei der Terrorbekämpfung mehr Gewicht zu geben. Europa dürfe sich die Regeln und Verfahren bei der Terrorbekämpfung, insbesondere beim Schutz der Privat- und Intimsphäre, von niemandem diktieren lassen. Richtschnur müssten nicht die Angst, sondern die grundlegenden Werte einer Gesellschaft sein.

Die gelernte Journalistin zog mit 28 Jahren ins luxemburgische Parlament ein. Später war sie zehn Jahre lang Abgeordnete im EU-Parlament, bevor sie 1999 Kommissarin wurde. Als Kommissaren für audiovisuelle Medien setzte sie sich unter anderem für niedrigere Roaminggebühren für Mobilfunknetze in der EU ein. [bv] ■

⁹ Die GD JLS wird um die Abteilungen Verbraucher- verträge und Marketinggesetze der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz (B.2 SANCO) erweitert. Die GD COMM erhält von der Generaldirektion Erziehung und Kultur die Abteilungen Staatsangehörigkeit und Besucher (EAC D.4, D.5).

Olli Rehn (Finnland)

Wirtschaft und Währung

Der Liberale Olli Rehn (* 31. März 1962) ist schon seit Juli 2004 Kommissar, zuerst für Unternehmen und Informationsgesellschaft und später für das Erweiterungsressort. Nun ist der Finne als Kommissar für Wirtschaft und Währung zuständig für die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (ECFIN) sowie für das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT).

In der neuen Kommission soll er die EU durch eine koordinierte Strategie aus der Wirtschaftskrise führen, die makroökonomische Stabilität absichern und die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten in Richtung einer stärkeren Nachhaltigkeit koordinieren. Zudem soll er die wirtschaftspolitische „Strategie 2020“ der EU mit entwickeln.

Bausteine dafür seien mehr staatliche Förderung für Innovationen und Umwelttechnologien sowie Investitionen in Bildung, erläuterte Rehn in der Anhörung vor dem Europäischen Parlament. Für die Bewältigung seiner Aufgaben wolle er alle im Lissabon-Vertrag vorgesehenen Instrumente zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik und der Durchsetzung der Stabilitätskriterien für die Euro-Länder nutzen. Der Stabilitäts- und Wachstums- pakt enthalte die notwendigen Mechanismen, um zur haushaltspolitischen Stabilität zurückzukehren.

Der vielsprachige Politikwissenschaftler Rehn promovierte in internationaler politischer Ökonomie über die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer Länder. Bereits als Student engagierte er sich für einen EU-Beitritt Finnlands. Seine politische Karriere führte ihn von der Führung der Zentrums- partei Finnlands über das Stadtparlament von Helsinki in die nationale parlamentarische Arena. Von dort wechselte er gleich nach dem EU-Beitritt Finnlands 1995 ins Europäische Parlament, wo er der liberalen Fraktion angehörte. Von 1998 bis 2002 arbeitete er als Kabinettschef des finnischen Kommissars Erkki Liikanen. Bis 2003 war er als Professor für Politik und Europäische Studien in Helsinki tätig, ehe ihn der Premierminister als Wirtschafts- be- rater engagierte. [bv] ■

Maroš Šefčovič (Slowakei)

Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung

Vizepräsident der Kommission

Der slowakische Diplomat und Politiker Maroš Šefčovič (* 24. Juli 1966) ist Vizepräsident der Kommission und als Kommissar für Institutionelle Beziehungen und Verwaltung zuständig für die Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit (HR) und die Generaldirektion Informatik (DIGIT). Zudem unterstehen ihm das Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO), das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO), die Europäische Verwaltungsagentur (EAS) sowie das Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel (OIB) und in Luxemburg (OIL). Die Abteilungen F und G des Generalsekretariats unterstützen Šefčovič bei interinstitutionellen Angelegenheiten.

In Barrosos Team soll er für eine reibungslose Kooperation mit dem Europäischen Parlament, dem Ministerrat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Regionalausschuss und dem Bürgerbeauftragten (Ombudsmann) sorgen. Zu seinen Aufgaben gehört auch, die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und das Betriebsklima und die Organisationsstruktur innerhalb der EU-Kommission zu verbessern. Während der Anhörung vor dem Europäischen Parlament kündigte Šefčovič an, bis zum Frühjahr konkrete Regeln für das Europäische Bürgerbegehren vorzuschlagen, sodass solche ab Dezember 2010 möglich sein sollen.

Der promovierte Jurist verfolgte eine diplomatische Karriere, während der er unter anderem in Simbabwe und Kanada und als Botschafter in Israel tätig war. Nach einem kurzen Zwischenstopp als Büroleiter des slowakischen Außenministers wurde Šefčovič stellvertretender Leiter der slowakischen Vertretung bei der Europäischen Union. Ein Jahr lang war er Generaldirektor für Europäische Angelegenheiten im slowakischen Außenministerium, bis er nach dem EU-Beitritt Ständiger Vertreter der Slowakei bei der EU wurde. 2009 trat er die Nachfolge von Ján Figel' als Kommissar für berufliche Bildung und Kultur an. [bv] ■

Algirdas Šemeta (Litauen)

Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung

Der litauische Ökonom und Politiker Algirdas Šemeta (* 23. April 1962) sammelte schon als Kommissar für Finanzplanung und Haushalt erste Erfahrungen in der Kommission. Im neuen Barroso-Team steht er der Generaldirektion Steuern und Zollunion (TAXUD), dem internen Auditdienst (IAS) und dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) vor.

Zu Šemetas neuen Aufgaben als Kommissar für Steuern und Zollunion gehört der Beitrag zum effizienten Ressourcenmanagement innerhalb der Kommission und ihren Dienststellen durch eine effiziente Managementkultur. Er soll die internen Kontrollsysteme der Kommission und der Regulierungs- und Exekutivagenturen auf ihre Wirksamkeit prüfen und verbessern. Außerdem soll er die reibungslose Nutzung des Binnenmarktes für EU-Bürger und Unternehmen ermöglichen, die Steuerhinterziehung bekämpfen, den Schutz und die Sicherheit der EU-Zollpolitik gewährleisten, die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und den Verwaltungsaufwand verringern. Eine weitere Aufgabe ist die Unterstützung einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Kampf gegen den Steuer- und Zollbetrug.

Während seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament kündigte Šemeta an, der Betrugsbekämpfung allerhöchste Priorität einzuräumen. Zudem sprach er sich für eine Richtlinie über Ökosteuern und für einen „fairen Steuerwettbewerb“ innerhalb der EU aus. Zudem kündigte er einen neuen Versuch an, Unternehmenssteuern in der EU zu harmonisieren.

Der Diplomökonom und Mathematiker Šemeta war ab 1992 Vorsitzender der Kommission für Wertpapiere am litauischen Finanzministerium, bis er 1996 dessen Leitung übernahm. 1997 bis 1999 war er Finanzminister Litauens. Sieben Jahre lang leitete er dann das Statistische Amt, bis er 2008 wieder Finanzminister wurde und 2009 zur EU-Kommission nach Brüssel wechselte. [zt] ■

Antonio Tajani (Italien)

Industrie und Unternehmen Vizepräsident der Kommission

Der neue EU-Kommissar für Industrie und Unternehmen ist der italienische Politiker Antonio Tajani (*4. August 1953). Seit 2008 ist er bereits Vizepräsident der Kommission und war bisher verantwortlich für Verkehr. Nun übernimmt er die Generaldirektion Unternehmen und Industrie (ENTR) sowie die Europäische Chemikalienagentur (ECHA). Die Abteilung für bessere Rechtsetzung, die Abteilung für Pharmazeutische Produkte und Kosmetik und der Transatlantische Wirtschaftsrat (TEC) werden jedoch nicht mehr zu seinem Zuständigkeitsbereich gehören. Sie wurden zum Generalsekretariat, zur Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz und zur GD Handel verschoben.

In der neuen Kommission soll Tajani die EU-Industrie wettbewerbsfähiger machen und besonders die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unterstützen. Zu seinen Aufgaben gehört es, zu gewährleisten, dass der EU-Binnenmarkt für Waren reibungslos funktioniert und die Produktion nachhaltiger wird. Zudem ist er für die Innovationsförderung in der Raumfahrtindustrie sowie für die Verbesserung der Sicherheitstechnologien zuständig.

In seiner Anhörung sprach sich der Italiener für eine „Vernunftfehe“ zwischen Umwelt und Wirtschaft aus. Europas Wettbewerbsfähigkeit könne sich durch mehr Nachhaltigkeit verbessern. Zur Überwindung der Wirtschaftskrise seien mittelständische Unternehmen und deren Kapitalversorgung durch die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Umsetzung des sogenannten „Small Business Act“ wichtig.

Der Jurist war Mitbegründer der rechtskonservativen Partei Forza Italia und seit 1994 als Abgeordneter im Europäischen Parlament tätig. 1999 bis 2008 leitete er die Delegation der Forza Italia im Parlament. Tajani war im Verlauf seiner parlamentarischen Arbeit Mitglied in zahlreichen Ausschüssen, darunter denen für Verfassungsfragen, für Sicherheit und Verteidigung und für auswärtige Angelegenheiten. [zt] ■

Androulla Vassiliou (Zypern)

Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend

Die zypriotische Politikerin Androulla Vassiliou (*30. November 1943) ist als Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend zuständig für die Generaldirektionen Bildung und Kultur (EAC), Übersetzung (DGT) sowie Dolmetschen (SCIC). Zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehören auch das Übersetzungszentrum für die Einrichtung der Europäischen Union (CdT), das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop), die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF), das Europäische Innovations- und Technologieinstitut und die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) sowie die EU-Förderprogramme „Jugend in Aktion“ und „Lebenslanges Lernen“.

Vassiliou hat die Aufgabe, die Mitgliedstaaten bei der Modernisierung und Verbesserung der Bildungs- und Berufsbildungssysteme zu unterstützen. Zudem soll sie die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt sowie den interkulturellen Dialog fördern. Zu ihren konkreten Aufgaben gehört es, einen Rahmen für die politische Zusammenarbeit mit jungen Menschen zu entwickeln, in dem auch bürgerschaftliches Engagement der Jugendlichen gefördert und ihre Bedürfnisse in anderen EU-Politikbereichen berücksichtigt werden.

Während ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament sagte sie zu ihrer neuen Kompetenz im Bereich des Sports, sie sehe diesen insbesondere als Vehikel für die Ziele Gesundheit und Erziehung zum Teamgeist. Sie versprach, sich für den Breitensport einzusetzen.

Die Juristin begann 1996 ihre politische Karriere in der liberalen Partei Enomeni Dimokrates als Abgeordnete im zypri-schen Repräsentantenhaus. 2001 bis 2003 war sie stellvertretendes Mitglied im Europäischen Konvent und gleichzeitig Vizepräsidentin der Europäischen Liberalen im Parlament Zyperns. Im Februar 2008 folgte sie ihrem Landsmann Markos Kyprianou als EU-Kommissarin für Gesundheit nach. [zt] ■

Die Kommissar/innen und Generaldirektionen 2010-2014

| Kommissar/in, Portfolio | Zuständigkeit: Generaldirektionen (GD) und Agenturen |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| José Manuel Barroso, Portugal Präsident | GD Generalsekretariat GD Juristischer Dienst Politischer Beraterstab |
| Joaquín Almunia, Spanien Vizepräsident Wettbewerb | GD Wettbewerb (COMP) |
| László Andor, Ungarn Beschäftigung, Soziales und Integration | GD Arbeit, Soziales und Gleichstellung (EMPL) Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (EUROFOUND) |
| Catherine Ashton, Großbritannien Vizepräsidentin Hohe Beauftragte der Union für Außen- und Sicherheitspolitik | GD Außenbeziehungen (RELEX) |
| Michel Barnier, Frankreich Binnenmarkt und Dienstleistungen | GD Binnenmarkt und Dienstleistungen (MARKT) Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM) |
| Dacian Cioloș, Rumänien Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung | GD Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (AGRI) |
| John Dalli, Malta Gesundheit und Verbraucherschutz | GD Gesundheit und Verbraucherschutz (SANCO) Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO) Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Europäische Arzneimittelagentur (EMA) Exekutivagentur für Gesundheit und Verbraucher (EAHC) |
| Maria Damanaki, Griechenland Maritime Angelegenheiten und Fischerei | GD Maritime Angelegenheiten und Fischerei (MARE) Europäische Fischereiaufsichtsagentur (CFCA) |
| Štefan Füle, Tschechien Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik | GD Erweiterung (ELARG) GD Außenbeziehungen (RELEX) EuropeAid-Kooperationsbüro (AIDCO) |
| Maire Geoghegan-Quinn, Irland Forschung, Innovation und Wissenschaft | GD Forschung (RTD) Gemeinsame Forschungsstelle (IRC) Europäischen Forschungsrat (ERC) Exekutivagentur für Forschung (REA) Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates (ERCEA) |
| Kristalina Georgiewa, Bulgarien Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion | GD Humanitäre Hilfe (ECHO) |
| Karel de Gucht, Belgien Handel | GD Handel |

| Kommissar/in, Portfolio | Zuständigkeit: Generaldirektionen (GD) und Agenturen |
|--------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Johannes Hahn, Österreich Regionalpolitik | DG Regionalpolitik (REGIO) |
| Connie Hedegaard, Dänemark Klimapolitik | GD Klimapolitik (CLIM) |
| Siim Kallas, Estland Vizepräsident Verkehr | GD Verkehr Europäische Eisenbahnagentur (ERA) Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T EA) Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EAWI) |
| Neelie Kroes, Niederlande Vizepräsidentin Digitale Agenda | GD Informationsgesellschaft (INFSO) Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) |
| Janusz Lewandowski, Polen Haushalt und Finanzplanung | GD Haushalt (BUDG) |
| Cecilia Malmström, Schweden Inneres | GD Justiz, Freiheit und Sicherheit (JLS) Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) Europäisches Polizeiamt (EUROPOL) Europäische Polizeiakademie (CEPOL) Visa-Informationssystem (VIS II) und Schengener Informationssystem (SIS II) Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) |
| Günther Oettinger, Deutschland Energie | GD Energie Euratom-Versorgungsagentur (ESA) Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EACI) |
| Andris Piebalgs, Lettland Entwicklung | GD Entwicklung (DEV) EuropeAid-Kooperationsbüro (AIDCO) |
| Janez Potočnik, Slowenien Umwelt | GD Umwelt (ENV) Europäische Umweltagentur (EEA) |
| Viviane Reding, Luxemburg Vizepräsidentin Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft | GD Justiz, Freiheit und Sicherheit (JLS) GD Kommunikation (COMM) Agentur für Grundrechte (FRA) Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union (EUROJUST) Amt für Veröffentlichungen (OP) |
| Olli Rehn, Finnland Wirtschaft und Währung | GD Wirtschaft und Finanzen (ECFIN) EUROSTAT |

| Kommissar/in, Portfolio | Zuständigkeit: Generaldirektionen (GD) und Agenturen |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Maroš Šefčovič, Slowakei Vizepräsident Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung | GD Humanressourcen und Sicherheit (HR) GD Informatik (DIGIT) Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik – Brüssel (OIB) Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik – Luxemburg (OIL) Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO) Europäische Verwaltungsagentur (EAS) |
| Algirdas Šemeta, Litauen Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung | GD Steuern und Zollunion (TAXUD) Interner Auditdienst (IAS) Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) |
| Antonio Tajani, Italien Vizepräsident Industrie und Unternehmen | DG Unternehmen und Industrie (ENTR) Europäische Chemikalienagentur (ECHA) |
| Androulla Vassiliou, Zypern Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend | GD Bildung und Kultur (EAC) GD Übersetzung (DGT) GD Dolmetschen (SCIC) Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) |

Tab. 1 Europäische Kommission und zugehörige Generaldirektionen und Agenturen 2010 bis 2014

Verwendete Quellen

Designierte Mitglieder der

Barroso-Kommission 2009-2014

www.ec.europa.eu/commission_designate_2009-2014/index_en.htm

Lebensläufe

www.wikipedia.org

Ressortzuteilung

www.europa.eu/rapid (Reference: IP/09/1837)

Barrosos Mandate für die designierten Kommissar/innen:

www.ec.europa.eu/commission_designate_2009-2014/mission_letters

Abkürzungen

www.europa-digital.de/service/abc/abc.shtml

Anhörungen

www.europarl.europa.eu/hearings

Adressen

Europäische Kommission

B-1049 Brüssel
Tel. +32 2 / 299-1111 (Zentrale)
Tel. 00800 / 67891011 (gebührenfreies Bürgertelefon)
www.ec.europa.eu/index_de.htm

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu
www.eu-kommission.de

Vertretung München:
Erhardtstraße 27, 80331 München
Tel. 089 / 242448-0, Fax -15
E-Mail: eu-de-muenchen@ec.europa.eu

Vertretung Bonn:
Bertha-von Suttner-Platz 2, 53111 Bonn
Tel. 0228 / 53009-0, Fax -50
E-Mail: eu-de-bonn@ec.europa.eu

EU-Koordination im Internet

www.eu-koordination.de

Auf der Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie Informationen zur EU-Umweltpolitik und Publikationen zum Download. Sie erhalten eine Einführung in die EU-Politik, Hintergrundmaterialien zu EU-Institutionen sowie eine Liste der Umwelt-Expert/innen der deutschen NGOs. Die Seite ist nach den verschiedenen Umweltthemen und Politikfeldern gegliedert.

www.umweltcheck-euoparl.de

Die EU-Koordination des DNR hat alle 99 deutschen Mitglieder des EU-Parlaments auf ihr Umweltengagement abgeklopft und die im Wahlkreis und der Umgebung ansässigen Umwelt-NGOs recherchiert. Kontaktdaten, Lebensläufe, Fotos und die aus Sicht der Volksvertreter/innen wichtigsten Umweltthemen für die nächsten fünf Jahre können Sie hier finden.

Aktuelles per E-Mail

Newsletter zur EU-Umweltpolitik

Wöchentlich informiert die EU-Koordination per E-Mail über aktuelle Entwicklungen der EU-Umweltpolitik. Zum Service gehören auch die wichtigsten Termine der EU-Institutionen („Monatliche Vorausschau“) sowie die Agenda des EU-Parlaments und des Umweltministerrats jeweils kurz vor den Sitzungsterminen.

Weitere Umwelt-Mailinglisten

Aktuelle und unabhängige Meldungen allen Umweltthemen sendet der Info-Service des DNR tagesaktuell per E-Mail zu:
www.dnr.de/infoservice

Übersicht weiterer kostenloser E-Mail-Dienste zu verschiedenen Umweltthemen:
www.dnr.de/umweltinfo

Unsere Zeitschrift

umwelt aktuell

Nachrichten, Kommentare und Hintergrundberichte zur europäischen und deutschen Umweltpolitik bringt „umwelt aktuell“. Die Monatszeitschrift wird vom DNR herausgegeben und erscheint im oekom verlag. Probelesen und Archiv:
www.dnr.de/umwelt-aktuell